



## **Kleine Anfrage**

der Abgeordneten Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und

## **Antwort**

der Landesregierung – Finanzministerium

### **Finanzmarktregulierung**

#### **Vorbemerkung des Fragestellers:**

In Folge der Finanzmarktkrise haben Bund und Länder tief greifende Konsequenzen zur Regulierung der Finanzmärkte bzw. -wesens gefordert.

1. Welche Initiativen für eine risikoadäquatere Finanzmarktregulierung hat die Landesregierung **a)** in den Bundesrat eingebracht oder **b)** im Bundesrat unterstützt?
  - 1a) Waren diese Initiativen erfolgreich?
  - 1b) Was wurde konkret beschlossen?

#### Antwort der Landesregierung:

Seitens der EU-Kommission und der Bundesregierung wurden und werden zahlreiche, umfangreiche Regelwerke zur Verbesserung der risikoadäquaten Finanzmarktregulierung auf den Weg gebracht, so dass eigene Initiativen der Landesregierung bislang nicht erforderlich waren.

Die Landesregierung hat dazu im Bundesrat wichtige Gesetzesinitiativen der Bundesregierung unterstützt.

Zu nennen sind insbesondere das Gesetz zur Stärkung der Finanzmarkt- und der Versicherungsaufsicht, das Gesetz über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Vergütungssysteme von Instituten und Versicherungsunternehmen, das

Gesetz zur Vorbeugung gegen missbräuchliche Wertpapier- und Derivategeschäfte und das Gesetz zur Restrukturierung und geordneten Abwicklung von Kreditinstituten, zur Errichtung eines Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute und zur Verlängerung der Verjährungsfrist der aktienrechtlichen Organhaftung (Restrukturierungsgesetz).

Dazu im Einzelnen:

- ▶ Mit dem Gesetz zur Stärkung der Finanzmarkt- und der Versicherungsaufsicht sollen gezielt die präventiven Befugnisse der Finanzmarktaufsicht gestärkt, sowie deren Eingriffsrechte in Krisenzeiten verbessert werden. Gleichzeitig soll durch zusätzliche Meldepflichten die Informationsbasis der Aufsichtsbehörden vergrößert werden, um Risikopotenziale zukünftig besser einschätzen zu können.
- ▶ Mit dem Gesetz über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Vergütungssysteme von Instituten und Versicherungsunternehmen werden Geschäftsleiter und Mitarbeiter im Bankenbereich hinsichtlich ihrer Vergütung neuen Regelungen unterworfen, im Versicherungsbereich auch Aufsichtsratsmitglieder. Sie betreffen insbesondere die Frage, wie Vergütungssysteme ausgestaltet, überwacht und weiterentwickelt werden. Ziel ist, wie international vereinbart, die Vergütung wieder stärker auf den langfristigen Erfolg des Unternehmens auszurichten; darüber hinaus, angesichts der wirtschaftlichen Situation eines Unternehmens, unangemessen hohe Bonuszahlungen zu unterbinden. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht erhält dazu stärkere Eingriffsrechte: Sie soll die Auszahlung variabler Vergütungsbestandteile untersagen oder auf einen bestimmten Anteil des Jahresergebnisses beschränken können, wenn bestimmte aufsichtsrechtliche Anforderungen unterschritten wurden oder eine Unterschreitung droht.
- ▶ Durch das Gesetz zur Vorbeugung gegen missbräuchliche Wertpapier- und Derivategeschäfte wurden bestimmte Geschäfte verboten und zwei Ermächtigungsgrundlagen geschaffen, durch die das Bundesfinanzministerium und die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht weitere Geschäfte verbieten können. Zudem wurde ein Transparenzsystem für Leerverkaufspositionen eingeführt.
- ▶ Mit dem Restrukturierungsgesetz wird die geordnete Abwicklung von Banken geregelt. Das Gesetz beinhaltet außerdem eine Bankenabgabe, die den Finanzsektor an den Kosten künftiger Krisen beteiligen soll.
- ▶ Im Zuge der Finanzmarktkrise wurden auf europäischer und nationaler Ebene darüber hinaus noch weitere Regelwerke auf den Weg gebracht: Finanzmarkttrichtlinie-Umsetzungsgesetz, Finanzmarktstabilisierungsgesetz, Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Ratingagenturen, Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz, Gesetzes zur Änderung des Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes und anderer Gesetze, Gesetz zur Fortentwicklung der Finanzmarktstabilisierung, Gesetz zur Umsetzung der geänderten Bankenrichtlinie und der geänderten Kapitaladäquanzrichtlinie.

Die konkreten Beschlüsse zu den einzelnen Regelwerken ergeben sich aus der beigefügten Tabelle in Verbindung mit den dort bez. Drucksachen des Bundesrates.

2. Erachtet die Landesregierung die beschlossenen Maßnahmen für ausreichend?  
2a) Wenn nicht: Welche Maßnahmen wären aus Sicht der Landesregierung notwendig und wird sie entsprechende Initiativen ergreifen? Wenn nein, warum nicht?

Antwort der Landesregierung:

Zur Vermeidung erneuter Finanzmarktkrisen wurden seit Ausbruch der Finanzmarktkrise auf internationaler (Basel III), europäischer und nationaler Ebene zahlreiche und umfangreiche Regelwerke erarbeitet und verabschiedet. Einige umfangreiche Regulierungen wie beispielsweise die Umsetzung von Basel III und der EU-Rahmen für das Krisenmanagement im Finanzsektor stehen noch aus.

Zunächst sollten die bislang ergriffenen umfangreichen Maßnahmen von den Instituten umgesetzt werden. Dies gilt insbesondere auch für das Basel III-Regelwerk. Deren Wirksamkeit ist zu evaluieren und dann ggfls. weiterer Regulierungsbedarf zu ermitteln.

Anlage zu KA 119 von Bündnis 90 /Die Grünen vom 13. April 2011

Regelwerke zum Themenbereich „Risikoadäquatere Finanzmarktregulierung“ unter Mitwirkung des Bundesrates

<b>Titel der BR-Drs.</b>	<b>Sitzungs-Nr.</b>	<b>Sitzungs-Datum</b>	<b>BR-Drs.-Nr.</b>	<b>Abstimmungs-Ergebnis</b>	<b>Votum von SH zur Drs. /zu Ziffern der Str.-Drs.</b>
VO des Europ. Parl. und des Rates über Ratingagenturen	854	13. Feb. 09	878/08	Stellungnahme	mit den Stimmen von SH
Gesetz zur weiteren Stabilisierung des Finanzmarktes (Finanzmarktstabilisierungergänzungsgesetz - FMSStErgG)	856	6. Mrz. 09	1. DG 160/09	Stellungnahme	Drs. 160/1/09 Ziff.: 1, 2, 5, 7-9, 12-14, 16 + mit SH, 3 + gegen SH 6, 10, 11 + bei Enth. SH 4 (-) bei Enth. Schleswig-Holstein Plenarantrag SH/HH + Plenarantrag HE + mit SH Plenarantrag BY (-) bei Enth. SH
	857	3. Apr. 09	2. DG 244/09	Keine Anrufung des VA	gegen die Stimmen von SH
Gesetzes zur Änderung des Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes und anderer Gesetze	857	3. Apr. 09	1. DG 170/09	Stellungnahme	Drs. 170/1/09 Ziff.: 1-4 mit SH
	859	12. Jun. 09	2. DG 448/09	Keine Anrufung des VA	mit den Stimmen von Schleswig-Holstein
Gesetz zur Stärkung der Finanzmarkt- und der Versicherungsaufsicht	858	15. Mai 09	1. DG 277/09	Stellungnahme	Drs. 277/1/09 Ziff.: 2, 3, 9, 12, 15 + mit SH 10 + mit SH 4-7, 13 + bei Enth. SH 1, 14 (-) bei Enth. SH

<b>Titel der BR-Drs.</b>	<b>Sitzungs-Nr.</b>	<b>Sitzungs-Datum</b>	<b>BR-Drs.-Nr.</b>	<b>Abstimmungs-Ergebnis</b>	<b>Votum von SH</b> zur Drs. /zu Ziffern der Str.-Drs.
	860	10. Jul. 09	2. DG 632/09	Keine Anrufung VA	mit den Stimmen von SH
Gesetz zur Fortentwicklung der Finanzmarktstabilisierung (BT – Initiative)	860	10. Jun. 09	634/09	Zustimmung	mit den Stimmen von SH
Gesetz zur Fortentwicklung der Finanzmarktstabilisierung	859	12. Jun. 09	1. DG 442/09	Stellungnahme später erledigt durch 634/09	Drs. 442/1/09 Ziff. 1-6, 8-13, 15-19 + mit SH
KOM Mitteilung: Ein EU-Rahmen für das grenzübergreifende Krisenmanagement im Bankensektor	865	18. Dez. 09	797/09	Stellungnahme	mit den Stimmen von Schleswig-Holstein
Entschießung des BR über Maßnahmen gegen Spekulationen auf den Finanzmärkten und ungerechtfertigte Banker-Bonuszahlungen (Antrag der Länder BE, BB, HB, RP, MV)	868	26. Mrz. 10	68/10	Nichtfassen	mit den Stimmen von Schleswig-Holstein
Gesetz über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Vergütungssysteme von Instituten und Versicherungsunternehmen	868	26. Mrz. 10	1. DG 74/10	Stellungnahme	Drs. 74/1/09 Ziff.: 4 + mit SH 1-3 + bei Enth. SH Plenarantrag (RP, BE, BB, HB) (-) bei Enth. SH
	873	9. Jul. 10	2. DG 355/10	Keine Anrufung des VA	mit den Stimmen von SH
Gesetz zur Umsetzung der geänderten Bankenrichtlinie und der geänderten	869	7. Mai 10	1. DG 155/10	Stellungnahme	mit den Stimmen von Schleswig-Holstein

<b>Titel der BR-Drs.</b>	<b>Sitzungs-Nr.</b>	<b>Sitzungs-Datum</b>	<b>BR-Drs.-Nr.</b>	<b>Abstimmungs-Ergebnis</b>	<b>Votum von SH zur Drs. /zu Ziffern der Str.-Drs.</b>
Kapitaladäquanzrichtlinie	874	24. Sep. 10	2. DG 518/10	Anrufung des VA	mit den Stimmen von Schleswig-Holstein
	876	5. Nov. 10	3. DG 656/10	Kein Einspruch	mit den Stimmen von Schleswig-Holstein
Gesetz zur Vorbeugung gegen missbräuchliche Wertpapier- und Derivategeschäfte (BT-Initiative)	873	9. Jul.10	397/10	Keine Anrufung VA	mit den Stimmen von SH
Gesetz zur Restrukturierung und geordneten Abwicklung von Kreditinstituten, zur Errichtung eines Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute und zur Verlängerung der Verjährungsfrist der aktienrechtlichen Organhaftung (Restrukturierungsgesetz)	875	15. Okt. 10	1. DG 534/10	Stellungnahme	Drs. 534/1/10 Ziff.: 1a-e, 1 h, 3-5, 18-20, 25-27 + mit SH 16, 21, 23 + gegen SH 2 (-) mit SH 1f, 1g, (-) gegen Schleswig-Holstein Beitritt zu Plenarantrag NRW (500 T€ Grenze)
	877	26. Nov. 10	2. DG 681/10	Zustimmung zum Gesetz	mit den Stimmen von SH
Mitteilung KOM: Ein EU-Rahmen für Krisenmanagement im Finanzsektor	878	17. Dez. 10	664/10	Stellungnahme	mit den Stimmen von Schleswig-Holstein